

Deutsche Konservative deutlich toleranter als hiesige

Letzte Aktualisierung Samstag, 14. Juni 2008

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) will Osnabrück zu einem Zentrum für den christlich-islamischen Dialog ausbauen. Seit Jahrzehnten werde in der Region ein "ausgezeichnetes ökumenisches Miteinander" gepflegt, sagte Wulff. Auch der interreligiöse Dialog unter Einbeziehung der Juden und Muslime sei vorbildlich.

Die Universität Osnabrück sei bundesweit führend in der Ausbildung islamischer Religionslehrer. Es sei erforderlich, den christlich-islamischen Dialog deutlich zu intensivieren, betonte der Ministerpräsident: "Der Frieden zwischen den Religionen und das geordnete Verhältnis von Staat und Religion ist eine der Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts."

:::Freiklick:::> Wulff: Osnabrück soll Ort für christlich-islamischen Dialog werden

Wulff schlug er vor, Kongresse und wissenschaftliche Veranstaltungen in Osnabrück zu diesem Thema anzubieten. Diese Ideen hätten er und der frühere Osnabrücker Oberbürgermeister Hans-Jürgen Fip (SPD) gemeinsam entwickelt. Fip habe vor Jahren die Deutsche Stiftung Friedensforschung mit Sitz in Osnabrück gewonnen und die CDU-geführte Landesregierung habe die Integrations- und Migrationsarbeit besonders in Osnabrück gefördert. Gleichzeitig sprach sich dafür aus, dass das Land Niedersachsen in einigen Jahren einen Staatsvertrag mit den Muslimen abschließt, ähnlich den Staatskirchenverträgen mit der evangelischen Kirche 1955 und der katholischen Kirche 1965.

:::Freiklick:::> Beckstein und Huber (CSU) für neue Moscheen in Deutschland

Er betonte auch, dass Osnabrück als Stadt des Westfälischen Friedens als Zentrum für den Dialog der Religionen besonders geeignet sei. In der Friedensstadt sei 1648 die Konfrontation von Protestanten und Katholiken nach 30 Jahren Krieg wegweisend beendet worden. In Osnabrück habe das friedliche Miteinander der christlichen Konfessionen ebenso begonnen wie ein neues Verhältnis zwischen Staat und Kirche.